

Ordnungskräfte

Ohne funktionierende Polizei gibt es keinen Rechtsstaat

Positionspapier von Yannick Herzog

Eine Gesellschaft kann nur dann frei und sicher sein, wenn ihre Ordnungskräfte handlungsfähig sind. Die Polizei setzt keine politischen Ziele um, sie schreibt keine Gesetze und sie führt keine eigenen Interessen aus. Sie ist schlicht das Instrument des Rechtsstaates und genau deshalb muss sie immer dann präsent sein, wenn es unangenehm, anspruchsvoll oder gefährlich wird. Doch genau hier liegt heute das Problem: Die Polizei soll Verantwortung tragen, aber bekommt immer weniger Möglichkeiten, diese Verantwortung auch wahrzunehmen.

Das Misstrauen gegenüber der Polizei wächst stetig. Ein Teil der Gesellschaft behandelt sie nicht als Garant für Sicherheit, sondern als Feindbild. Gleichzeitig wird die Polizei gerade dort, wo sie gebraucht wird, systematisch eingeschränkt, sei es durch übertriebene Anforderungen an die Verhältnismässigkeit, durch politische Zurückhaltung oder durch ideologische Vorbehalte. Das Resultat sieht man regelmässig bei Demonstrationen, bei denen es jedes Jahr zu denselben Ausschreitungen kommt. Die 1.-Mai-Demo in Bern ist dafür das perfekte Beispiel: Während sogenannte Aktivisten Schaufenster einschlagen, private Fahrzeuge beschädigen und Menschen einschüchtern, muss die Polizei vielfach zuschauen, weil sie erst eingreifen darf, wenn es bereits eskaliert ist.

Wie kann es sein, dass der Staat seine eigenen Ordnungskräfte in Situationen, in denen ganz offensichtlich Unrecht geschieht, ausbremst? Verhältnismässigkeit bedeutet nicht, dass man Kriminelle gewähren lässt. Verhältnismässigkeit bedeutet, dass die Massnahme der Polizei dem Verhalten der betroffenen Person angepasst wird. Wenn jemand randaliert, die Öffentlichkeit bedroht oder Eigentum zerstört, dann ist ein konsequentes Eingreifen immer verhältnismässig.

Die Polizei wird ja gerade deshalb ausgebildet, um Unrecht zu stoppen, nicht um daneben zu stehen und die Folgen zu dokumentieren.

Besonders absurd wird es, wenn politische Gruppierungen wie die JUSO ernsthaft fordern, die Polizei abzuschaffen oder massiv zu schwächen. Wer soll denn dann die Gesetze durchsetzen? Soll jeder Bürger selber entscheiden, wie er auf eine Straftat reagiert? So entstehen Willkür, Chaos und letztlich Anarchie. Ein funktionierender Rechtsstaat basiert darauf, dass der Staat Gewaltmonopol und Verantwortung übernimmt, nicht der wütende Bürger, nicht eine Gruppe Aktivisten, nicht derjenige, der gerade am lautesten schreit.

Wenn wir unsere Gesellschaft schützen wollen, müssen wir der Polizei endlich wieder das ermöglichen, was ihre Aufgabe ist: das Recht durchsetzen. Nicht halbherzig, nicht politisch gefiltert, sondern klar, sichtbar und konsequent. Eine Demokratie lebt davon, dass man diskutieren kann, aber sie überlebt nur, wenn sie diejenigen schützt, die sich an die Regeln halten. Und dafür braucht es eine Polizei, die handeln darf, wenn es darauf ankommt.

Ich setze mich dafür ein, dass unsere Ordnungskräfte wieder die notwendigen Befugnisse, den Rückhalt und die Anerkennung bekommen, die sie verdienen. Ohne eine starke Polizei gibt es keinen Rechtsstaat und ohne Rechtsstaat keine Freiheit.